

ENTSCHLIESSUNGSSANTRAG

des Abgeordneten Alois Kainz

und weiterer Abgeordneter

betreffend Notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert. Der Rechnungshof hat in seinem Bericht „Kinder- und Jugendpsychiatrie – Versorgungsplanung und Umsetzung“ (BUND 2025/28)¹ klar aufgezeigt, dass es zu einer massiven Zunahme schwerer psychischer Erkrankungen kommt – unter anderem bei Angststörungen, Depressionen und Essstörungen. Gleichzeitig bestehen erhebliche strukturelle Versorgungsdefizite, insbesondere im stationären Bereich, bei ambulanten Einrichtungen sowie bei multiprofessionellen Angeboten.

Die Bundesregierung hat es trotz eindeutiger Warnungen nicht geschafft, die Versorgung rechtzeitig auszubauen. Die Beantwortung 3024/AB der Gesundheitsministerin der Anfrage „Versorgungslage in der Kinder- und Jugendpsychiatrie“ (3525/J)² bestätigt eindrücklich, dass zentrale Probleme weiterhin ungelöst bleiben:

- keine verbindlichen Zeitpläne, wann notwendige Maßnahmen umgesetzt werden sollen;
- ständiges Verweisen auf langfristige Konzepte, Analysen und Arbeitsgruppen, anstatt rasch zu handeln;
- kaum Kapazitätsausbau trotz steigender Erkrankungszahlen;
- unkoordinierte Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung;
- fehlende Transparenz über tatsächliche Wartezeiten und Versorgungslücken.

Besonders alarmierend ist, dass die Bundesregierung trotz der bekannten Krisenlage im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie bis heute keine flächendeckenden aufsuchenden Betreuungsformen für kinder- und jugendpsychiatrische Behandlungen im häuslichen Umfeld, sogenannte Home-Treatment-Modelle³, geschaffen hat und die Sachleistungsversorgung klinisch-psychologischer Behandlungen noch immer nicht existiert. Während Familien verzweifelt auf Therapieplätze warten, verweist das Ministerium auf Zielsteuerungsverträge, die erst 2028 auslaufen.

Es ist unverantwortlich, dass Kinder und Jugendliche jahrelang wegen bürokratischen Strukturen und politischen Zuständigkeitsdebatten auf eine Lösung warten müssen. Die Versorgungslage muss jetzt verbessert werden – nicht erst nach weiteren Analysen und Absichtserklärungen.

¹ https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/2025_28_Kinder_Jugendpsychiatrie.pdf
(aufgerufen am 11.12.2025)

² Anfrage: <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/J/3525>
Beantwortung: <https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXVIII/AB/3024> (aufgerufen am 11.12.2025)

³ <https://psd-wien.at/home-treatment> (aufgerufen am 11.12.2025)

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird aufgefordert, umgehend einen bundesweiten Ausbauplan für die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung vorzulegen, die Sachleistungsversorgung klinisch-psychologischer Behandlungen sicherzustellen und Home-Treatment-Modelle österreichweit einzuführen sowie die multiprofessionelle Versorgung auszubauen.“

*Alois Krausz
(Alois Krausz)*

*Rosa Ecker
(Rosa Ecker)*

*Manuel Pfeifer
(Manuel Pfeifer)*

*Catharina Michael
(Catharina Michael)*

Martina Jäger

In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Gesundheitsausschuss zuzuweisen.

